

Marktbericht
Februar 2018





DIE WELTWIRTSCHAFT

■ Handelskrieg wird wahrscheinlich

Die Ankündigung des US-Präsidenten Donald Trump, die USA wollen bei Stahl 25 Prozent und bei Aluminium 10 Prozent auf den Import aufschlagen, hat an den Märkten hohe Wellen geschlagen. Nach Meinung von Trump will die Regierung dadurch US-Unternehmen vor Konkurrenz schützen. Die Zölle sollen dazu beitragen, die Arbeitsplätze und das Wachstum in der von ihm als "Urgestein" der US-Industrie bezeichneten Branche zu fördern und sie vor der Billigkonkurrenz aus dem Ausland zu schützen. Es gibt auch auf Seiten der US-Industrien nicht nur Befürworter dieser Schritte, denn die Befürchtungen sind groß, dass das Gegenteil eintreten wird und verarbeitende Industrien aufgrund steigender Rohstoffpreise hingegen Stellen abbauen müssen.

Die erste Reaktion aus China ließ nicht lange auf sich warten und man will auf die Zollerhöhung der USA auf Aluminium und Stahl reagieren. Zwar betont China, man wolle keinen Handelskrieg, aber man werde aber nicht "tatenlos zusehen, wenn die USA Maßnahmen ergreifen, die chinesischen Interessen schaden", so ein Sprecher der chinesischen Regierung. Doch der chinesische Anteil an US-Stahlimporten ist nur sehr gering.

Deutlicher betroffen von den Importzöllen sind die Europäische Union, Kanada und Südkorea. Bei Gegenmaßnahmen seitens Europa hatte Donald Trump zuletzt einen Strafzoll auf europäische Fahrzeuge ins Spiel gebracht, was insbesondere Deutschland treffen könnte.

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl hat entschiedene Reaktionen der Europäischen Kommission gefordert. Die Experten sind der Meinung, der Protektionismus gehöre seit dem Wahlsieg von Trump zu den großen Gefahren für den Welthandel überhaupt und dieses Risiko habe mit den angekündigten neuen amerikanischen Zöllen, die weit über die bisher üblichen, gezielten Anti-Dumping-Strafzölle für einzelne Produkte aus einzelnen Ländern hinausgingen, spürbar zugenommen.

Befürchtungen bezüglich der Einführung von amerikanischen Strafzöllen und einer möglichen europäischen Vergeltung sind an den Aktienmärkten nicht vorüber gegangen und die Kurse sind unter Druck geraten. Der deutsche Aktienindex Dax fiel erstmals seit dem vergangenen Sommer wieder unter 12.000 Punkte und die Aktien von Stahlunternehmen erreichten Tiefststände.



Marktbeobachter sprechen bereits von der Sorge vor einem "Handelskrieg" und die Experten warnen vor einem Dominoeffekt, wenn weitere Reaktionen auf allen Seiten eskalieren.

■ Washingtons Ziel: Wirtschaftswachstum Europas verhindern

Die angekündigten Importzölle zeigen, wie sehr auch die amerikanische Regierung mit Problemen zu kämpfen hat, Erfolge für die Wirtschaft zu bringen und die Wahlversprechen einzulösen. Konkrete statistische Zahlen belegen aber, dass die Vereinigten Staaten längst hinter ihren wichtigsten wirtschaftlichen Herausforderern hinterherhinken.

Während die USA im Jahr 2017 ein Wachstum von 2,3 Prozent aufweisen gab es in der EU 2,5 Prozent und in China gar 6,9 Prozent Wirtschaftswachstum.

Gerade die europäische Wirtschaft konnte im vergangenen Jahr das höchste Wachstum seit mehr als einem Jahrzehnt verzeichnen und es wird erwartet, dass die hohen Raten beibehalten werden. Dies ist insbesondere auch auf Deutschland zurückzuführen, das den aktuellen Daten nach weiterhin die „wirtschaftliche Lok“ der EU bleiben wird.

Aber genau diese Wirtschaftserfolge Europas sind dem amerikanischen Präsidenten wohl sichtlich ein Dorn im Auge. Trump hat sich bereits mehrfach über die „sehr ungerechte“ Haltung der EU gegenüber amerikanischen Exporten beklagt und gar Gegenmaßnahmen angedroht, um dies zu ändern. In Konsequenz sind dies die angekündigten Importzölle und die Drohung für die deutschen Autoexporteure. Durch diese Maßnahmen werden die europäischen Unternehmen und Volkswirtschaften getroffen, um die hohen Wachstumsraten Europas deutlich zu drücken.

EUROPA

■ Euro-Zone entwickelt sich positiv

Im Euro-Raum präsentiert sich der Arbeitsmarkt immer mehr und derzeit gibt es so wenige Arbeitslose wie seit Dezember 2008 nicht mehr. Somit profitiert Europa von der anziehenden Konjunktur.



Wie das Statistikamt Eurostat mitteilte blieb im Januar 2018 die um die jahreszeitlichen Schwankungen bereinigte Arbeitslosenquote auf dem Vormonatswert von 8,6 Prozent und damit auf dem niedrigsten Stand seit Dezember 2008. Indes bleiben die Unterschiede zwischen den einzelnen Euroländern groß. So gab es die höchsten Werte in Griechenland (20,9 Prozent im November) und Spanien (16,3 Prozent). Die Jugendarbeitslosigkeit ist aber in Teilen des Euroraums weiterhin ein großes Problem.

In Deutschland lag die Quote am niedrigsten bei 3,6 Prozent und die deutschen Arbeitsagenturen erwarten auch für die kommenden Monate einen Rekordzuwachs bei der Beschäftigung. Zum größten Teil geht die Entwicklung auf den aktuellen Konjunkturboom zurück, aber wenn diese Entwicklung endet, werde sich Analysten nach der Abbau der Arbeitslosigkeit nicht mehr im derzeitigen Rahmen fortsetzen.

■ Schwierige Regierungsbildung in Italien

Nach den Parlamentswahlen in Italien gibt es keine klaren politischen Verhältnisse. Dem Land droht ein politischer Stillstand mit monatelangen Verhandlungen. Eine schnelle Regierungsbildung ist nicht in Sicht und es tritt wohl das Szenario ein, das die Märkte am meisten befürchtet haben. Insgesamt war es eine Wahl gegen die etablierten Parteien in Rom. Besonders die jungen Italiener und der Süden des Landes haben mehrheitlich den Protest gewählt.

Die Fünf-Sterne-Bewegung und die rechte Lega erreichten bei der Italien-Wahl die meisten Stimmen, doch zum Regieren reicht es für keine der Parteien. Die großen Verlierer sind die Forza Italia, die Partei des 81-jährigen Silvio Berlusconi, und die Partito Democratico des einstigen Regierungschefs Matteo Renzi.

Italien, das die drittgrößte Volkswirtschaft in der Euro-Zone stellt, wird in den kommenden Monaten mit sich selbst beschäftigt sein, während anderswo in Europa die Zukunft gestaltet wird. Die Themen Wachstum und Schuldenabbau rücken damit erst einmal in den Hintergrund - Themen, die für die Wirtschaft inhaltlich wichtig sind. Umso mehr kann sich Italien einen langen Stillstand nicht leisten. Sollte in Italien künftig eine EU-skeptische Regierung das Sagen haben, könnte sie es der Europäischen Union schwer machen, die erforderlichen Reformen anzugehen.



Der Wahlausgang ließ den Euro-Kurs zunächst stark schwanken. Die Zustimmung der SPD-Mitglieder zu einer großen Koalition mit CDU und CSU konnte die europäische Gemeinschaftswährung nach Einschätzung von Experten dabei nur wenig stützen. Ein weiterer Belastungsfaktor war der drohende Handelskrieg mit den USA. Insgesamt verlor der Euro-Kurs im Berichtszeitraum recht eindeutig.

DEUTSCHLAND

■ Neuaufgabe der Regierung – Groko geht in die nächste Periode

Mehr als fünf Monate nach der Bundestagswahl ist der Weg für eine neue große Koalition in Deutschland nun frei.

Die SPD-Basis hat sich für eine Neuaufgabe der großen Koalition unter Führung der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel entschieden. Die SPD-Mitglieder stimmten beim Mitgliederentscheid mit einer Mehrheit von 66,02 Prozent für den mit der CDU/CSU ausgehandelten Koalitionsvertrag. Es gilt als vereinbart, dass am 14. März die CDU-Chefin Angela Merkel dann erneut zur Bundeskanzlerin gewählt werden wird.

Auf europäischer Ebene und bei den Wirtschaftsverbänden gab es viel Zustimmung für die Entscheidung pro Groko. In Europa wurde dies erleichtert als Zeichen der Stabilität aufgenommen. Jetzt gilt es abzuwarten, was die Regierungsparteien daraus machen werden.

■ Auftragsplus und Konjunkturhoch

Angetrieben von der starken Nachfrage aus dem In- und Ausland sind Deutschlands Maschinenbauer schwungvoll ins Jahr 2018 gestartet. Wie der Branchenverband VDMA bekannt gab, sind die Bestellungen im Januar um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen. Besonders ist die Nachfrage in den Ländern des Euroraumes gestiegen, die binnen Jahresfrist um knapp ein Viertel zulegen.

Alles in allem gingen bei den exportorientierten Maschinenbauern 14 Prozent mehr Bestellungen aus dem Ausland ein. Das Inlandsgeschäft zog mit einem Plus von ebenfalls 14 Prozent kräftig an.



Sorgenvoll blickt der VDMA in Richtung USA mit der Abschottungspolitik von US-Präsident Donald Trump. Die USA sind der wichtigste Einzelmarkt für die Maschinenbauer und ein Handelskonflikt müsse dem Verband nach unbedingt vermieden werden. Ferner verteuert der stärkere Euro-Kurs Maschinen und Anlagen für Kunden außerhalb des europäischen Währungsraumes, was in den kommenden Monaten zu einem Rückgang führen könnte.

Prognosen sprechen für das Anhalten des Wachstumstempos im ersten Quartal 2018 und die Wirtschaftsleistung könnte um rund 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zulegen. Derzeit ist die deutsche Wirtschaft von der globalen Gefahr des Protektionismus und dem starken Euro, der die deutschen Exporte außerhalb Europas verteuert, noch unbeeindruckt. Erst im zweiten Quartal könnte die Dynamik etwas nachlassen.

NE-METALLE

ALUMINIUM

■ Im Schatten der angekündigten US-Importzölle

Im Berichtsmonat Februar hat sich der festere US-Dollar als eine große Belastung für die Industriemetalle gezeigt. Somit wird deutlich, dass die Aufwärtsbewegung der vergangenen Monate teilweise auf die Abwertung des amerikanischen Greenbacks zurückzuführen ist.

Die Börsenkurse an der Wall Street gingen nach der Ankündigung von US-Präsident Donald Trump, auf die Einfuhr von Stahl und Aluminium Strafzölle zu verhängen, deutlich nach unten. Einfuhren von Stahl sollen mit 25 Prozent, Aluminium mit 10 Prozent belegt werden. Für Aluminium gab es eine weitere Nachricht, denn das US-Handelsministerium teilte mit, dass chinesische Importe von Aluminiumfolie nicht zu Marktpreisen erfolgen würden und die entsprechenden Produzenten staatlich subventioniert seien. Aufgrund des Verkaufs unterhalb des fairen Marktwertes wurden als Konsequenz Strafzölle in Höhe von 49 bis 106 Prozent für chinesische Alu-Folien in den USA erhoben.

Der US-Regierung schweben wohl verschiedene Zollsysteme mit zum Teil unterschiedlich hohen Zöllen je nach Region vor.



Ob und was von den Vor-schlägen umgesetzt wird, muss Donald Trump voraussichtlich bis April entscheiden.

Die Notierungen der London Metal Exchange (LME) reagierten auf den ersten Blick widersprüchlich. Zum einen konnten diese erst für Aluminium zulegen, da man eine höhere Nachfrage nach dem Leichtmetall erwartet, bevor die Strafzölle in den USA tatsächlich in Kraft treten. Mittelfristig betrachtet stellt sich die Frage, ob die US-Aluminiumkonsumenten eher ihre Lagerbestände reduzieren, als neues Aluminium zu importieren. Langfristig dürfte in den USA die Nachfrage nach ausländischen Stahl- und Aluminiumprodukten wohl sinken, da die Zölle sie verteuern und heimische Waren somit attraktiver werden. In den USA selbst sorgte der Schritt der Regierung bereits für einen deutlichen Anstieg der Aluminiumpreise.

Aluminium kann sich derweil bislang auf einem relativ hohen Niveau halten, zurückzuführen auf den US-Dollar-Wechselkurs. Das Niveau oberhalb der 2.200 USD konnte ab dem 06.02.18 nicht mehr gehalten werden und die Notierungen an der LME gingen bis zum 01.03.18 auf 2.138 USD zurück.

Die Aluminiumbestände an der London Metal Exchange sind im Februar 2018 insgesamt um 266.300 t auf nunmehr 1.324.475 t Tonnen gestiegen. Zu Beginn der Berichtszeit reduzierten sie sich zuvor auf 1.058.175 t, bevor dann Zulieferungen die Vorräte wieder haben steigen lassen. Von Seiten der Angebotsentwicklung könnte sich die Lage bei Aluminium sogar noch etwas verschlechtern. Aufgrund von Umweltauflagen kündigte der norwegische Produzent Norsk Hydro an, die Produktion in der Aluminiumhütte Alunorte in Brasilien ab März um 50 Prozent zu verringern.

Wie das International Aluminium Institute (IAI) aktuell bekannt gab, ist die globale Produktion von Aluminium im Januar 2018 auf 5,557 Mio. Tonnen gestiegen, was gegenüber dem Vormonat einen deutlichen Anstieg zeigt. Zuletzt waren in den LME-Lägern deutliche Anstiege bei den Lagerbeständen zu verzeichnen. In China sind die Bestände an der Shanghai Futures Exchange in den Lagerhäusern auf 1,96 Mio. Tonnen gestiegen und man geht davon aus, dass der Überschuss in China in diesem Jahr auf mehr als eine Million Tonnen steigen wird.

Eigentlich sollte die Aluminiumproduktion bis Mitte März 2018 gedrosselt bleiben, aber die chinesischen Aluminiumschmelzen hatten bereits im Dezember 2017 schon wieder deutlich mehr Aluminium hergestellt, merken die Marktteilnehmer an.



Mit dem Ende des Neujahrsfestes in der VR China wird auch dem Ende der Produktionseinschränkungen in der metallverarbeitenden Industrie entgegen gesehen. Insbesondere dürfte eine Produktionsausweitung in China auch Aluminium unter Druck setzen. Angesichts der hohen Preise dürften die chinesischen Aluminiumhersteller ihre Produktion in den nächsten Monaten noch ausweiten, was sich auch in höheren Exporten widerspiegeln würde.

Die Notierungen für das Leichtmetall werden wohl in den kommenden Wochen von den angekündigten Importzöllen und dem drohenden Handelskonflikt geprägt sein. Andere fundamentale Faktoren könnten in den Hintergrund geraten.

KUPFER

■ Kupfer Notierungen rutschen ab

Bei den Industriemetallen setzte sich die Preiskorrektur in der Berichtsperiode weiter fort und Kupfer ist am 08.02.18 unter die Marke von 6.900 USD gefallen (6.879 USD). Geprägt wurde der Preisrückgang durch den festeren US-Dollar-Kurs und die jüngste Schwäche an den Aktienmärkten. Die Kurse festigten sich anschließend leicht bis auf 7.142,50 USD am 26.02.18, doch die Linie 7.000 USD ist noch nicht wieder nachhaltig genommen. Der Kurs entfernt sich weiter von seinem Dreijahreshoch von Anfang Dezember 2017 und es spricht auch wenig dafür, dass er sich wieder in diese Regionen entwickelt.

Für Kupfer wird hier kein langfristiger Trend gesehen, vielmehr gilt das Abwärtspotential als gering und die günstigeren Preise könnten dann zu Einkäufen einladen.

Auch in diesem Jahr wird für den Komplex der Industriemetalle China das Maß der Dinge bleiben, was sowohl für die Nachfrage als auch für das Angebot gilt. Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt steht für mehr als die Hälfte des jährlichen Aluminium- und rund 47 Prozent des weltweiten Kupferbedarfs. Die chinesischen Kupferimporte legten im Januar um 13 Prozent gegenüber dem Vormonat auf 314.525 Tonnen zu.

Aber in China schlummern auch die größten Risiken für die Kupfernachfrage. So fielen für viele Beobachter die jüngsten Konjunkturdaten aus China schwach aus, was direkt für eine Beeinträchtigung der Stimmung sorgte.



Der offizielle Einkaufsmanagerindex PMI für das produzierende Gewerbe war im Februar 2018 kräftig zurückgegangen.

Die Kupferbestände in den lizenzierten LME-Läger konnten im Februar kurzzeitig von 304.675 t bis auf 338.275 t aufgebaut werden. Zum Berichtsmonatsende konnte über 328.000 t verfügt werden.

Die Buntmetallhalbzeughändler sind für ihre zukünftigen Aussichten in den nächsten drei Monaten optimistisch und glauben, dass der Aufschwung im Verlauf des ersten Quartals 2018 weiter anhält und sich die Lage erneut verbessert.

Die weltweit gute Konjunktur soll den ohnehin guten Kupferabsatz weiter unterstützen. Nach den jüngsten Zahlen der International Copper Study Group (ICSG) stieg in den ersten elf Monaten des Jahres 2017 die Kupfernachfrage zwar nur um 0,6 Prozent, aber da die weltweite Kupferminenproduktion im Gesamtjahr um 2,4 Prozent geschrumpft ist, ergibt sich für 2017 wohl ein Marktdefizit von rund 195.000 Tonnen. Selbst wenn die Minenproduktion von Kupfer 2018 leicht ansteigen könnte, dürfte der Kupferpreis gut unterstützt bleiben, sofern es nicht wie im letzten Jahr streik- und wetterbedingt zu unerwartet hohen Förderausfällen kommt. Kupfer kann für Anleger wieder attraktiv werden und ein Kaufsignal entstehen.

NICKEL

■ Nickel mit kurzer Sonderkonjunktur

Auf dem Nickelmarkt kam es zunächst bei den Notierungen zu einer Seitwärtsentwicklung in einer Range von 13.000 USD bis 13.660 USD. Nach Kurssteigerungen folgten Gewinnmitnahmen, nachdem der Nickelpreis bei 14.200 USD am 15.02.18 den höchsten Stand seit Mai 2015 erreicht hatte. Doch was treibt den Nickelpreis an? Eine robuste Weltwirtschaft sorgt für eine gute Nachfrage nach Nickel und inzwischen wird das Metall nicht nur von der Stahlindustrie benötigt, sondern auch die Elektromobilität wird ein wachsender Faktor für Nickel werden.

Bislang hängt die Nachfrage insbesondere von der Stahlindustrie ab, den Daten der International Nickel Study Group nach sind 2017 rund zwei Drittel der Nachfrage auf die Herstellung von rostfreiem Stahl durch die Zugabe von Nickel verwendet worden.



Aufgrund der hohen Nachfrage bei gleichzeitig begrenztem Angebot ist in den vergangenen Monaten die Lagerhaltung stark zurückgegangen. Die LME-Vorräte gingen im Februar weiter bis auf 335.280 t zurück, was einen Rückgang von insgesamt 20.000 t bedeutet.

2016 waren die Philippinen noch der größte Nickelerzproduzent, aber trotz eines politischen Wechsels im Umweltministerium ist die Schließung von 23 der 41 Minen des Landes nicht aufgehoben worden und die philippinische Regierung hat vor der Macht der Bergbaulobby noch immer nicht kapituliert. Obwohl der verbotene Tagebau inzwischen wieder erlaubt ist, wurde eine 25-köpfige Expertenkommission zur Untersuchung der Minenschließungen eingesetzt. Ihr Bericht wird für das erste Quartal 2018 erwartet. Angesichts der deutlichen Hinweise auf Umweltverstöße, die die erste Untersuchung aufgedeckt hat, wird in Expertenkreise damit gerechnet, dass ein bedeutender Teil des Minenangebots nach der zweiten Untersuchung weiterhin Einschränkungen unterliegen wird.

Die gute Entwicklung der Weltkonjunktur dürfte weiterhin die Stahlproduktion unterstützen und somit auch die Nickelnachfrage. Große Rohstoffproduzenten rechnen für 2018 daher mit einem Defizit von 140.000 Tonnen am Nickelmarkt.

Ende 2018 könnte Nickel bei der Preisentwicklung in der Spitzengruppe zu finden sein und Nickel könnte eine Sonderkonjunktur erleben – dank des technologischen Fortschritts. Bei Nickel zeichnet sich ab, dass aufgrund der strukturellen Verschiebung hin zu mehr Elektrofahrzeugen zusammen mit einer höheren Nickel-Beladung im kommenden Jahrzehnt ein Nachfrageschub ausgelöst werden könnte.

ZINK

■ Aufwertung des US-Dollars zeigt Auswirkung

Auch bei Zink hat der feste US-Dollarkurs die Aufwärtsbewegung beeinträchtigt, was nicht nur zu rückläufigen LME-Notierungen, sondern auch zur Zurückhaltung bei den Investoren geführt hat.

An der Londoner Metallbörse geriet der Zinkpreis deutlich unter Druck und notierte um die Marke von 3.500 USD. Ein neuerlicher Anstieg der Bestände und die US-Strafzölle belasten den Markt, wobei für manche Marktplayer der Rückgang wenig überraschend ist. Das Metall hatte zuletzt eine starke Rallye gezeigt, weshalb Rücksetzer zu erwarten waren.



Die Notierungen lagen zum Monatsende bei 3.459 USD und zeigen einen Trend zu weiteren Verlusten.

Die Lagervorräte in den Londoner Lagerhäusern reduzierten sich sehr deutlich von 170.700 t am 01.02.18 auf 133.475 t am 01.03.18. Bereits im Vormonat war der Markt von dieser Entwicklung geprägt (09.01.18: 180.250 t). Jedoch konnte diese Bestandsreduzierung keinen nachhaltigen Einfluss auf die Preisentwicklung nehmen.

China hat als größter Produzent (40 Prozent) zuletzt eine Reihe von Minen im eigenen Land mit Rücksicht auf Umweltschäden geschlossen. Um die absehbare Angebotslücke bei Zink zu füllen braucht es nach Ansicht der Experten mehr neue Minen. Doch alle derzeit aktiven Produktionsstätten wie auch die in der Entwicklung befindlichen neuen Projekte werden der Schätzung zufolge bis 2025 höchstens 3 Mio. Tonnen zusätzliche Produktion pro Jahr erreichen. Analysten sehen demnach ein Defizit von rund 1 Mio. Tonnen Zink pro Jahr. Erfahrungsgemäß verzögern sich aber diese Projekte oder sie werden gar nicht erst in Betrieb genommen.

China wird aber auch hier die treibende Kraft für die Entwicklung der Zinkpreise sein. Der Internationale Währungsfond (IWF) hat seine Wachstumsprognosen für China für die nächsten zwei Jahre angehoben.

Es besteht aber kein Grund für Zink negativ gestimmt zu sein, denn viele Prognosen sprechen von einem mindestens gleichbleibenden, wenn nicht sogar weiter steigenden Zinkpreis. In Bezug auf Zink sind die Experten bullisch gestimmt und in der ersten Jahreshälfte soll die makroökonomische Umgebung die Kurse weiter stützen. Analysten erhöhten ihr Kursziel auf 4.000 USD innerhalb der nächsten drei Monate.



IMPRESSUM

Herausgeber:

Müller & Sohn GmbH & Co. KG
Metall-Aufbereitungswerk
Harkortstraße 22
D-45549 Sprockhövel-Haßlinghausen

Telefon: +49 (0)2339-605-5
Fax: +49 (0)2339-605-888-88
E-Mail: info@aluminiumonline.de
Internet: www.aluminiumonline.de

Redaktionsleitung: Matthias Kämper
(V.i.s.d.P.) Rainer Kämper

Redakteurin: Petra Reuther

Schriftleitung: Michael Obst

Erscheinungstermin: Monatlich

Rechtliche Hinweise:

Die Marktinformation und alle in ihr enthaltenen Beiträge, Abbildungen und Charts sind urheberrechtlich geschützt. Eine Verwertung, wie Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Einspeicherung in elektronischen Systemen, ist nur für eigene Zwecke statthaft. Eine Bearbeitung oder Änderung ohne unsere Zustimmung ist unzulässig und strafbar.

Müller & Sohn übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit der in diesem Marktbericht mitgeteilten Informationen und haftet nicht für abgeleitete Folgen.

Müller & Sohn GmbH & Co. KG
Metall-Aufbereitungswerk

Rechtsform:
GmbH & Co. KG

Postfach 92 22 49
D-45543 Sprockhövel-Haßlinghausen

Sitz der Gesellschaft: Sprockhövel
Amtsgericht Essen, HRA 8543
Steuernummer: 323/5819/0278
USt-ID-Nr.: DE 247 385 649

Harkortstraße 22
D-45549 Sprockhövel-Haßlinghausen

Telefon +49 [0] 2339-605-5

Persönlich haftende Gesellschafterin:

Fax +49 [0] 2339-605-888-88

Müller & Sohn Geschäftsführungsgesellschaft mbH

E-Mail info@AluminiumOnline.de

Sitz der Gesellschaft: Sprockhövel

Web www.AluminiumOnline.de

Geschäftsführer: Rainer Kämper, Matthias Kämper

Amtsgericht Essen, HRB 20164

